

Mechtild Jansen

Kein feministisches Projekt Zur Frauen- und Geschlechterpolitik der rot-grünen Bundesregierung



Mechtild Jansen, geb. 1952 in Köln, Studium der Soziologie, Psychologie und Politikwissenschaft in Tübingen und Bremen, ist, nach politischen Tätigkeiten, Forschung, Journalistik, Publizistik, Politikberatung als Sozialwissenschaftlerin und freie Autorin in Berlin tätig. Themenschwerpunkte: Frauen, Geschlechter, Gleichstellungspolitik; Gesellschaftspolitik und Arbeit; Krieg-Frieden, Parteien u.a.m. Zuletzt erschienen: Das Diana-Phänomen oder der dritte Weg, München 2000; jüngste Aufsätze und Essays u.a. zu Terror, SPD, Grünen, Regierungspolitik, Familiendebatte, Frauen und Wirtschaft.

Die letzten Monate vor der Wahl mochte man kaum an einen Wahlerfolg von Rot-Grün glauben. Zumindest in den Umfragen hatten die Wähler und Wählerinnen es der SPD kräftig „gezeigt“. Ein halbes Jahr schien noch klar zu sein, dass - Unzufriedenheit hin oder her – eine Wählermehrheit CDU und FDP nicht schon wieder an der Macht haben wollte. Das Wahlergebnis löste entsprechende Erleichterung aus. Am Wahltag die Hosen voll, am Tag danach die Backen aufgeblasen: Von einem neuen rot-grünen Projekt war plötzlich die Rede, von einer ganzen Epoche, gar von einer dritten Amtsperiode des Kanzlers. Hatte die rot-grüne Regierung die großen Ideen und Perspektiven nur verheimlicht?

Das SPD-Projekt hat weder emanzipatorischen noch sozial- und gesellschaftskritischen oder alternativen Anspruch, nicht einmal die Vision einer aufgeklärten Bürgergesellschaft spielt eine Rolle. Es wird vielmehr ein vergrößerter Ersatz für die soziale Marktwirtschaft der Nachkriegs-CDU sein, ein die neue Mehrheitsgesellschaft integrierendes Projekt, das eine deutsche Macht-Rolle in der Welt bejaht. Es wird die Aussöhnung mit dem globalem Neokapitalismus sein, der seine Korrekturmechanismen in sich finden muss, die Vollendung einer Realpolitik, die die SPD nach der Beerdigung der Programmpartei vollständig zu einer Machtmaschine macht. Dieser Weg mag für eine Volkspartei unvermeidbar sein – links an ihr wird nur noch die Erinnerung sein, der jedoch immerhin demokratische Schulung bedeutete. Die Richtungsentscheidung dahin wurde der SPD oktroyiert.

Frauen-, Männer-, Geschlechterpolitik

Das rot-grüne Projekt ist eines am wenigsten: „feministisch“. Es denkt die Gleichheit der Frau nicht bis zu ihrem (süß-bitteren) Ende und versteht die Frauen- und Geschlechterfrage nicht als eine allgemeine Frage sowie als strategischen Angelpunkt von Freiheit und Gerechtigkeit überhaupt. Das rot-grüne Projekt ist maßvoll konservativ, ökologisch, militärisch abgesichert, doch zivil fundiert in der Sicherheitspolitik, multikulturell, ehefixiert, im Blick auf Kinder gemäßigt plural in den Lebensformen, liberal gegenüber unterschiedlichen sexuellen Orientierungen, es anerkennt nun ausdrücklich den eigenen Wert des Ostens. Es nimmt bisher desintegrierte Teilinteressen auf – aber es tabuisiert die eigene Grundkonstruktion, die so patriarchal wie gelddominiert ist. Das Projekt ist nicht sozial und nicht „geschlechterdemokratisch“. Das markiert den entscheidenden Qualitätsunterschied zu einem emanzipatorischen, wirklich auf freie Selbständigkeit setzenden Projekt zu einer zweiten Moderne. Statt feministisch ist das Projekt neu-familiär, statt demokratisch „werteorientiert“ moralisch. Statt einer „Frauenministerin“ haben wir neuerdings wieder eine „Familienministerin“ - ohne dass die Gleichstellung ihren organisierten Platz gefunden hätte. Die Vorzeichen des Sammelministeriums für weiche Fragen (Frauen, Familie, Jugend, Alte, oft noch Kranke bzw. „Gesundheit“) haben wieder von den „Frauen“ zur „Familie“ gewechselt - wie einst unter der CDU. Der „frauenpolitische“ Sinn des Projektes erschließt sich deshalb auch nicht in den (je nach Betrachtungsweise) vergleichsweise spärlichen und unaufregenden oder verdienstvollen Aussagen zu diesem Thema, sondern eher in der Verortung des Themas in seinem Kontext und seiner Rangfolge, in den ministeriellen Strukturveränderungen und dem Personal sowie in der unausgewiesenen Gesamtqualität einer Politik, in der „Frauenpolitik“ versteckt ist. Das gilt erst recht, wenn man bedenkt, dass das Koalitionsprogramm dem eigenen Anspruch zufolge ja bereits „gegendert“ sein muss.

Das Projekt Neue Mitte, bei dem mit der zweiten Periode immer weniger zwischen Rot und Grün zu trennen sein wird, lässt erstens „Männliches“ männlich und „Weibliches“ weiblich statt „Hartes“ hart und „Weiches“ weich, egal bei welchem Geschlecht, sein und behält zweitens zwischen beidem eine machtpolitische, strukturelle und wertemäßige Hierarchie bei. Es bringt beide Geschlechter formal und äußerlich in ein gleichberechtigtes, aber hinterrücks doch geteiltes Verhältnis zueinander. Frauen und Männer sind gleich – zu den harten männlichen Geldbedingungen, während das Modell Mann als Gegenstand der Veränderung erneut ausgeklammert bleibt. Da es die Familie so sehr als soziale Rückversicherung wie als Wirtschaftsfaktor begreift, wird von einem Ordnungsmodell ausgegangen, in dem alle mit je spezifischer Rolle unter Führung eines „Alpha-Tieres“ für den „gemeinsamen Gewinn“ zusammenhalten müssen. Das Modell „nimmt“ von der Frauenbewegung „auf“, indem es Privates und Politisches nicht länger trennt, es im Innern jedoch den traditionellen hierarchisierenden Denkmustern unterwirft. Dabei wird Privates noch unmittelbarer für Politisches vereinnahmt als je, Individuelles schon als das Ganze des Politischen verkauft, ohne auf Machtstrukturen, gesellschaftliche Rahmenbedingungen, kulturelle Geschichte etc. zu achten. Die neue Mitte hat zudem „Gender Mainstreaming“ insofern vorweggenommen - und muss es deshalb auch nicht besonders ernsthaft betreiben - als ihr (ihrem impliziten Gesellschaftsbild zufolge) jedes Interesse nur ein Teilinteresse ist und sie jenseits unmittelbarer wirtschaftlicher keine allgemeinen Interessen mehr kennt. Frauenpolitik versteht sie als Klientelpolitik innerhalb vielfältiger Klientele, die funktional zu bedienen sind. Sie richtet sich dementsprechend auch nur an Frauen und nicht an Männer, es sei denn an Familienväter und solange es um die Rettung der Familie als Ordnungseinheit geht. Sie richtet sich an

Frauen bestimmter Schichten und auf Teilaspekte weiblicher Lebensweisen, wie z.B. ihre Berufstätigkeit, ihre Zuständigkeit für Kindererziehung, ihre „besondere“ Bedrohung durch Gewalt usw.

Wenn die SPD dabei ist, ihre Traditionen abzuwerfen, so will ihr das bei einer bislang nicht gelingen: Sie ist eine Männerpartei - patriarchal, paternalistisch, machistisch, ökonomistisch. Frauen gehören für sie zu den Klientelen, auf die sie angewiesen ist oder fallweise zu den kleinen schaffenden Leuten, für die zu sorgen sie vorgibt oder zu den „Massen“, die es zu befrieden und einzubinden gilt. Die letzten feministischen Regungen, von denen auch die SPD nicht verschont blieb, sind fest unter Kontrolle einer neuen alleinigen Männerherrschaft. Im Gegenzug haben die Männer den Frauen einen Platz am Tisch angeboten, an dem sie zwar nicht entscheiden, aber dabei sein dürfen. Sie haben zwar nicht die Macht, doch, so wird suggeriert, irgendwann fällt sie vielleicht auch an eine von ihnen. Einstweilen freilich wurden aus vier starken Männern im Kabinett sechs starke, die von ihnen ausgesuchten Frauen lang und hinreichend auf Loyalität getestet. Macht wird Frauen heute wieder abgeleitet durch (politische) Familie und Stand verliehen. Das alles steht mit den emanzipatorischen Anliegen von Frauenbewegungen nur noch sehr bedingt im Zusammenhang und doch wird eine theoretisch mögliche feministische Selbstbehauptung, politischer Widerspruch und Alternative durch eine neuartige funktionelle partielle Berücksichtigung weiblicher Interessen präventiv aufgelöst. So wird eine neue Mehrheit von Frauen diffus und entschärft eingebunden, auch ohne klar erkennbares diesbezügliches Profil.

Wenn es eine Frauenpartei gibt, die der CDU ihre Traditionsbastion genommen hat, dann ist es die grüne Partei. Wenn die Frauenbewegung je einen parteipolitischen Arm hatte, war sie es, obwohl niemals so umfassend und nachhaltig wie die Arbeiter- oder auch die Studentenbewegung in der SPD. Sofern die Grünen eine Ausgeburt der 68er-Bewegung bzw. der ihnen gegenüber liegenden wertkonservativen Kräfte sind, so sind auch sie eine Männerpartei, die ihrerseits nach und nach vom feministischem Impetus Abstand nimmt. Das gilt umso mehr, als die Frauen(-bewegung), sofern sie sich bewegen wollte, heute über keine eigenen politischen Ausdrucksmöglichkeiten mehr verfügt. In der nächsten Generation mögen politisch gemäßigte Frauen bei den Grünen erstmals führende Macht werden. Die Projekte der einstmaligen neuen Frauenbewegung haben sie - so weit es ging - in Regierungspolitik eingebracht. Diese Projekte sind jedoch nicht mehr weiterentwickelt worden und heute oft von der Entwicklung überholt. Als Stachel sind allein die (abstrakten) Begriffe der Nachhaltigkeit und der Geschlechterdemokratie geblieben. Sie werden jedoch in ihren Kriterien bzw. ihrem allgemeinpolitischen Anspruch und ihrem Zusammenhang zu gesamtgesellschaftlicher Produktivität nicht definiert und bleiben deshalb meist leer und wirkungslos.

Alle diese Vorzeichen verheißen wenig Vorwärtsweisendes für die kommende Legislaturperiode. Es ist nicht damit zu rechnen, dass die Regierung über die höchst bescheidenen „frauenpolitischen“ Ergebnisse der vergangenen Legislaturperiode hinauskommt. Vielmehr wird der bislang eher indirekte Wandel emanzipatorischer zu mitte-konformer wirtschaftsopportunistischer Frauenpolitik fortgeschrieben werden. Sofern Frauen einen Wirtschaftsfaktor bilden, wurden sie, obwohl in diesem Moment eigentlich ein Selbstläufer, zusätzlich gefördert. Sofern Familien einerseits die Härte des Lebens der Wirtschaftsbürger auffangen sollen und andererseits einen eminenten (Sozial-)Kapitalfaktor spielen, bildete eine neokonservative Familienpolitik den Gegenpol dazu. Dazu dienten konkret die Einführung der Elternzeit, der Anstieg des Kindergeldes, der Kinderbonus in der Rente, die neue Familienbesteuerung, die Proklamation einer neuen Väterordnung, das Recht auf Teilzeitarbeit zwecks Vereinbarkeit von Beruf und Familie für *Frauen*, das nur wegen mangelnder Kinder-

betreuung nicht flächendeckender als moderne Variante der traditionellen Rollenteilung praktiziert werden konnte. Die Gleichstellungspolitik, sowieso schon auf dem absteigenden Ast, wurde stillschweigend mehr und mehr durch das verheißungsvolle Stichwort des „Gender Mainstreaming“ ersetzt, das jenseits des Wortgebrauchs eine wirksame Methode sein könnte - würde mit ihm tatsächlich das Ziel einer erweiterten (Geschlechter-)Demokratie verfolgt. Eingebunden in wirtschaftliche Effizienzkriterien ist es jedoch eher ein Mittel, politisch weitergehende Ansprüche unsichtbar in Luft aufzulösen. Im Wahlkampf stand bei Rot und Grün unversehens nur noch die Familienpolitik im Mittelpunkt – der vorläufige Endpunkt einer neuen Frauen-, Männer- und Geschlechterpolitik.

Regierungsprogramm, Hartz-Konzept, strukturelle Veränderungen und Personal

Die Hauptmeldung zum neuen Koalitionsprogramm lautete, an erster Stelle und „unumstößlich“ die Situation der Familien und Kinder verbessern zu wollen. Diesem Vorhaben wurde zugleich eine große Bedeutung für die Gleichberechtigung der Frauen beigemessen. Statt das Geld pro Kind für die einzelnen Familien weiter aufzustocken, will die Regierung dies künftig über den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagschulen umsetzen. Bis 2006 sollen für 20 Prozent der Kinder unter drei Jahren Plätze zur Verfügung stehen und Ganztagschulen erheblich ausgebaut sein. An der Notwendigkeit dieser beiden Vorhaben kann ebenso wenig Zweifel bestehen wie an der Richtigkeit des Ansatzes, die Rahmenbedingungen zu verbessern. Aber sie lösen auch Fragen aus.

Der Rückstand Deutschlands bei ganztägigen Kindereinrichtungen ist groß. Die vorgesehenen Maßnahmen gleichen ihn nicht aus. Die Qualität der Ausbildung und Erziehung wird damit keineswegs gesichert. Der Bund will zwar investieren, das allein wird aber nicht reichen, zumal die Länder verantwortlich sind und jede Realisierung insoweit unter einem Finanzierungsvorbehalt steht. Das Vorhaben verfehlt, was ein modernes Land an einem weitgefächerten und hochwertigen öffentlichen Kinderwesen tatsächlich benötigte. Die öffentlichen Debatten im Vor- und Umfeld offenbaren, dass das Versprechen, das eigentlich uralte Anliegen nun einzulösen, darauf angelegt ist, nach demografischen Sorgen, Pisa-Schreckensmeldungen sowie wirtschaftlichen Irritationen Ruhe und Sicherheit zurück zu gewinnen. Der Familienbegriff ist zwar erweitert, er bleibt aber doch an der Kleinfamilie orientiert, die künftig eher eine Bevölkerungsminderheit ausmachen wird und die Veränderung familiärer Lebensformen nur unzureichend erfasst. Die Veränderung der Gesellschaft infolge der „Auswanderung“ der Frau aus der Familie greift ökonomisch, strukturell, sozial, arbeits- und lebensweltlich viel tiefer ein, als dass mit mehr Kleinkinderplätzen und Ganztagschule schon Antworten angedeutet wären. Neue Familienpolitik ist überdies keine neue Frauenpolitik, auch wenn sie entlastende Nebeneffekte für einige Frauen hat. Was für Kinder geschieht, geschieht für Frauen wie Männer gleichermaßen, für die Gesellschaft insgesamt.

Dass und wie die Wahlsieger die Abschaffung des Ehegattensplittings, das u. a. als Finanzierungsquelle dienen sollte, fallen ließen, ähnelt allerdings einem feindlichen Akt. Die Forderung der Frauenbewegung bezog sich nie nur auf den finanziellen Aspekt der Steuerungerechtigkeit für erwerbstätige Frauen im Verhältnis zu „Hausfrauen“ wie deren Ernährer-Männern, sondern sie sollte eine strukturelle Weichenstellung zugunsten je eigenstän-

diger Existenzsicherung und gleicher individueller Besteuerung sein. An dieser Stelle ist die Regierung eingebrochen. Jede Form des alternativen Ausgleichs, um neue Ungerechtigkeiten zu vermeiden, wäre denkbar gewesen. Von einer Ordnungspolitik zugunsten der Emanzipation der Frau und einem kreativen und modernen Umgang mit den Fragen nach dem Aufwachsen von Kindern, sozialem Zusammenhalt, Generationenfragen, künftigen Arbeits- und Politikverhältnissen etc. war nichts zu entdecken.

Als explizit frauenpolitisches Vorhaben bleibt die altbekannte „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“, die so gedacht wiederum die gleichberechtigungspolitische Herausforderung der Vereinbarkeit beider Lebensbereiche unter den Bedingungen einer veränderten und ineinander verschränkten technisch-sozialen Arbeits- und Lebenswelt für beide Geschlechter verkennt. Solange die Aufgabe der Vereinbarkeit nur Frauen gestellt wird, solange werden Frauen auf die eine oder andere Weise den Preis dafür bezahlen - also nicht gleichberechtigt sein. So verstanden, verpflichtet das Vorhaben Frauen, die Vereinbarkeit herzustellen, schreibt es die traditionelle Familienordnung fest, erfasst es nicht die neuen Zeit- und Wertprobleme sowie die heute noch unvereinbar entgegengesetzten Zeit- und Wertbezüge zwischen Beruf bzw. technischer Leistung und Kindern bzw. der Arbeit mit Menschen und sozialer Beziehungstiftung.

Daneben steht die Fortsetzung von „Gleichstellungspolitik“ als zentrales Reformprojekt. Sie besteht zum einen darin, dass Gleichstellung und „Gender Mainstreaming“ durchgängig zu den Leitprinzipien der Regierung gehören sollen und in jedem Ressort und „nachhaltig verankert“ werden sollen. Das hatte die Regierung schon für die vergangene Legislaturperiode zugesagt, damit entspricht sie nur einer EU-Richtlinie, deren Erfüllung aussteht. Dazu gehört richtliniengemäß eine nationale Gleichstellungsstelle, die eingerichtet werden soll, aber unklar geblieben ist. Die Grünen haben es sogar geschafft, „Gender Mainstreaming“ mit Finanzierung zusammenzuführen und „Gender Budgeting“ in das Vorhaben aufzunehmen. Wer die Sache ernst nimmt, müsste jedoch mindestens zwei Dinge erledigen: Zum einen müssten verbindliche inhaltliche Kriterien und Parameter festgelegt werden, an denen sich die mittels „Gender Mainstreaming“ zu erzielende Gleichheit der Geschlechter festmachen soll. Zum anderen müssten neue zusätzliche strukturelle und machtpolitische Maßnahmen ergriffen werden, die garantieren, dass „Gender Mainstreaming“ auftragsgemäß in der *gesamten* Politik wirken kann.

Gleichstellungspolitik soll zum anderen darin bestehen, eventuell - falls die Privatwirtschaft die getroffene Vereinbarung zur Gleichstellung von Frauen nicht freiwillig einhält - doch noch eine „flexible, effektive gesetzliche Regelung“ zu ergreifen und dabei unter Umständen auch die uralten Forderungen nach einem Verbandsklagerecht oder einer Bindung öffentlicher Aufträge an gleichstellungspolitische Auflagen zu erfüllen. Im Übrigen soll Gleichstellungspolitik mit den bekannten Siebenmeilenstiefeln fortgesetzt werden: durch Förderung von Existenzgründerinnen, mit der Neustrukturierung des BAT zum Zwecke der Herbeiführung von gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit, der Förderung von Frauen in IT- und anderen Männerberufen etc. Mehr hätten Frauen davon, wenn so genannte „weibliche“ Tätigkeiten endlich leistungsgemäß bezahlt und im großen Stil neue Arbeitsplätze für diese geschaffen würden.

Zum zweiten Mal ist das Thema „Arbeit“ das zentrale Reformprojekt der rot-grünen Regierung schlechthin und dominiert damit jedes andere Politikfeld. Nach dem gescheiterten „Bündnis für Arbeit“, das ohne jedes inhaltliches Konzept auszukommen glaubte, folgt mit Hartz immerhin ein erstes Konzept. Das Bündnis war unter geschlechterpolitischen Zeichen ein ausgemachtes Desaster, das als nachhaltige Unterlassung zu Buche schlägt. Nach

aller Kritik daran muss dem Hartz-Konzept in seiner patriarchalen Tonangabe absichtsvolles Zuwiderhandeln gegen Gleichberechtigung unterstellt werden, auch wenn es Realitäten aufgreifen muss, die von sich aus auf Frauen zulaufen. Die patriarchale Prämisse äußert sich nicht nur an der ursprünglich vorgesehenen „Quickvermittlung“ für Familienväter, die man schnell und kaum weniger problematisch durch Familienmenschen ersetzt. Sie durchzieht Auftragsvergabe, Zusammensetzung der Kommission und das ganze Konzept. Die nachträglich eilig hinzugefügte Präambel zur Chancengleichheit hebt dies nicht mehr auf, sondern macht darauf erst richtig aufmerksam. Die Chancen auf einen Arbeitsplatz sollen sich nicht nur durch ökonomische Nützlichkeit, mit Beweislast beim Arbeitnehmer, sondern zudem nach einem Kind - soziale Pflichterfüllung in „Naturalien“ - bemessen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als veritables Gesellschaftsproblem bleibt auch hier nichts als ein Frauenproblem. „Weibliche“ Arbeit ist wie geschaffen für einen niedriger entlohnten Sektor, während, sollten denn Kürzungen unvermeidbar sein, unverhältnismäßig höhere Männerlöhne sakrosant bleiben, vom Ausgleich für zu Unrecht vorenthaltenes Geld ganz zu schweigen. Schon die explizite Festlegung auf besondere Förderung von Frauen, einer 50-Prozent-Quote bei der Vermittlung oder Lohngleichheit überfordert das Konzept.

Das schadet der Sache insgesamt und in erster Linie stets Frauen. Für die erwünschte und richtige „Eigenaktivität“ fehlen fundierte Voraussetzungen, die versprochene „Sicherheit“ wird es deshalb nicht geben. Effizienz und Sinnstiftung in der Vermittlungsarbeit könnte am anderen Ende mehr Erwerbslosigkeit schaffen als neue Arbeit in geringfügigen Jobs und im unteren Level von Selbständigkeit anvisiert werden. Auf einer viel grundsätzlicheren Ebene ist die das Hartz-Konzept begleitende Zusammenlegung des Ministeriums für Arbeit und Wirtschaft ein richtiger struktureller Ansatz - doch noch kein Konzept für deren neu zu gestaltende Beziehungen zueinander und neue Wirtschafts- und Arbeitsmärkte. Eine Neubewertung der „anderen“, der traditionellen Rollenteilung zufolge dem weiblichen Geschlecht zugeordneten Arbeit bleibt aus; es werden für sie keine neue Arbeitsmärkte geschaffen; Arbeitsbürger bleiben ohne eigene Grundrechte, die neue Selbständigkeit und Mündigkeit ist also nicht ernstgemeint; die Hartz-Vorschläge sind nicht Teil einer Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse insgesamt, neuer Wert- und Zeitregime sowie der Neugestaltung der Sozialversicherungssysteme auf der Basis sozialer Individualrechte. Dieses Grunddilemma kennzeichnet auch die wenigen und kleinen positiven Spuren grundlegender Neuorientierung nach dem Wandel der traditionellen Arbeitsgesellschaft, die Frauen als deren Pionierinnen zugute kämen: die vorgesehenen Ich-AGs, Familienunternehmen und die erweiterten 500 Euro „Mini“-Jobs, die Schwarzarbeit ersetzen sollen. Starthilfen oder Begleitmaßnahmen sind zu simpel, gering und labil, die Sozialversicherung zu unvollständig, als dass sie die Betroffenen nicht in Abhängigkeit halten und in Selbst- und Fremdausbeutung treiben würden. Der Ansatz verschenkt sich darüberhinaus beinahe selbst, weil er den Zusammenhang zwischen „weiblicher“ sozialer Arbeit und wirtschaftliche Produktivität verkennt.

Während das „Frauenthema“ nur in Spurenelementen und mit Mühe in das Politikzentrum von Rot-Grün Eingang gefunden hat, taucht es im Übrigen stets als Nennposten auf, wo es um Effizienz, Nützlichkeit und Krisen im Einzelnen geht: bei der Suche nach hoch qualifizierten Arbeitskräften, der Gesundheit, der Entwicklungspolitik und dem Krieg. Das ist nicht neu und der Zweck liegt auf der Hand. Daneben werden noch vage kleine Signalzeichen in Aussicht gestellt, die auch größere gesellschaftliche Problemlagen berühren, wie etwa das Recht auf Adoption für homosexuelle Paare, das Vorhaben eines Antidiskriminierungsgesetzes, oder das Recht auf Zeugnisverweigerung für die BeraterInnen von Migrantinnen. Sie

sind wichtig für die kleinere Zahl an Betroffenen, daneben liegt ihre Relevanz eher in der symbolischen und ideologischen denn der realen Tragweite.

Andere als „frauenpolitische“ Schwerpunkte könnten, wenn auf den entsprechenden Themenfelder etwas geschähe, relevanter werden für Frauen: Verbraucher-, Gesundheits-, Arbeits- und Wirtschaftspolitik, insbesondere wenn die Potentiale von Frauen für Wirtschaftlichkeit, Innovation, Arbeitsplätze und Sozialkassen entdeckt werden.

Wichtiger als Programme sind politische Strukturen und Personal. Die Regierung rühmt sich, unterhalb des Kanzlers zu 50 Prozent quotiert zu sein, zur Hälfte aus - sieben - Frauen und zur anderen Hälfte aus - sieben - Männern zu bestehen. Die Etikette ist erfüllt und Quantität bewiesen. Ein Fortschritt ist dies in jedem Fall, ein Beweis für Gleichberechtigung noch lange nicht. Die Regierung ist geschlechterparitätisch, geschlechtsspezifisch und -hierarchisch zusammengesetzt.

Unter inhaltlichen Gesichtspunkten könnten die Ministerien kaum klassischer nach weiblichen und männlichen Bereichen geteilt bleiben: Männer besetzen die Themen: Chefsein, Definitions- und Entscheidungsmacht sowie Richtlinienkompetenz; Wirtschaft und Arbeit, Finanzen, Außenpolitik, Innere Sicherheit, Energie- und Umweltpolitik, Strukturpolitik und Verteidigung/Sicherheit. Frauen besetzen die Themen: Familie, Bildung, Gesundheit, Entwicklungspolitik, Kultur, Verbraucher und Recht (letzteres eine kleine Abweichung).

Kompetenzen und Macht hinzugewonnen und konzentriert haben mit Ausnahme des Ministeriums für Verbraucherschutz die Männerministerien. An der untergeordneten Bedeutung der Frauenministerien besteht kein Zweifel. Der globale Zuschnitt der Regierung und ihrer Ministerien lässt keine demokratische Neuordnung erkennen und die anpassende, überfällige strukturelle gleichstellungspolitische Veränderung, die spätestens das „Gender Mainstreaming“ gebietet, fällt aus: eine allgemeine die gesamte Politik erreichende Struktur, die auf Männer- und Frauenseite für Gleichstellung optiert. Die Zentralbereiche der Politik sind fester denn je in starker Männerhand. Vor vier Jahren träumten manche Frauen noch davon, „Frauen“ und „Arbeit“ oder „Wirtschaft“ in einem Ministerium zusammenzuführen. Auch wenn das kaum eine glückliche Idee war, steht sie in auffälligem Gegensatz zu dem, was nun geschieht. Wenn von zwei neuen „Superministerien“ gesprochen wurde, dem Ministerium für Wirtschaft und Arbeit wie dem für Gesundheit und Rente, so wurde meist verschwiegen, dass das eine stark und das andere schwach ist und beide ebenfalls in klassischer Weise einander als zugeordnet gelten dürfen. Das Gesundheits- und Rentenministerium hat sich weithin mit den langfristigen Folgen des Versagens von Wirtschafts- und Arbeitsministerien herumzuschlagen. Wie passend, dass dabei ein als starker Mann angesehener Minister und eine als schwache Frau angesehene Ministerin aufeinander treffen, der jedoch von einem starken Staatssekretär auf die Beine geholfen werden soll.

Strukturell und politisch sind die Frauenministerien von den Männerministerien abhängig, ganz zu schweigen vom Vorrecht des Kanzlers, der sich noch stets als besonderer Kenner der Gleichberechtigungsproblematik ausgewiesen hat, wie seine „Lernbekenntnisse“ bezeugen. Die Bildsprache bleibt allemal die der starken Männer, die von Frauen nachgeahmt wird, und die in der Mediengesellschaft heute wichtiger ist, als alle Worte es sind. Es fällt auf, dass die Grünen und der Osten in der Regierung ein stärkeres personelles Profil finden als Frauen, obwohl diese zahlenmäßig nicht mit ihnen konkurrieren können. Frauen haben nichts gefordert. Sie repräsentieren keine eigene Macht, von Hand verlesen und eingebunden. Die Frauenministerien können noch so sehr Zukunftsfragen repräsentieren, die symbolische Höherrangigkeit der Männerministerien stellen sie nicht infrage. Man vereinnahmt sie und stößt nicht auf spürbaren Widerstand.

Die personelle Besetzung der Ministerien im Einzelnen könnte das nicht besser unterstreichen. Alle Ministerinnen sind freundlich bemüht oder mit flotten Worten dabei, auch für Frauen etwas Gutes zu tun. Dass sie mehr daraus machen, steht bisher nicht zu erwarten. Es gibt eine parteiunabhängige Ministerin, passend zur Kultur, und doch dem Kanzler direkt zugeordnet, ohne jede eigene politische Macht. Die weibliche Hauptrolle neben allerlei männlichen „Alpha-Tieren“ spielt die Familienministerin, die fest entschlossen scheint, in allen nach Tageslage erforderlichen Schattierungen die gute wie autoritäre Mutter abzugeben. Sie hat in ihrer Laufbahn bewiesen, dass sie groß auftrumpfen und trotzdem stets in der politischen Zeitansage bleiben kann. Der Kanzler kann sich auf sie verlassen.

Die Frauen repräsentieren die neuen Werte für den neuen (ab)geklärten Kapitalismus - die Ressource an qualifizierten Arbeitskräften für ihn, die vollends vergesellschaftete „Ausbeutung“ des „sozialen Faktors“, die Legitimation für dessen Existenzberechtigung und doch auch die leise soziale Revolution, in der sich eines Tages vielleicht die führenden Männer verheddern könnten. Der bedeutendste Fortschritt dieser Regierung könnte darin liegen, dass nun offen auf dem Tisch liegt, dass es Männerministerien und Männerpolitik und Frauenministerien und Frauenpolitik gibt, diese sich gegenüberstehen, dass in diesem Moment auf ein Frauenministerium verzichtet werden kann, dass diese Konstruktion unter einer männlichen Hoheit steht, welche sich in Erziehungsfragen, in Fragen des schönen Scheins und der Selbstdarstellung in den Medien, von seiner Ehefrau beraten lässt. Man mag hoffen, dass dies den nächsten Aufbruch der Frauen auszulösen in der Lage sein wird, um die nächste Reform hervorzubringen. Frauen gehören an die Spitze, es geht um eine neue Definition des „Allgemeinen“ und eine Demokratisierung der Demokratie. Im Parlament ist der existierende Drang und Fortschritt von Frauen zu beobachten: je weiter links, desto mehr gibt es von ihnen - bei der SPD 38 Prozent (+2,8), den Grünen 58,2 Prozent (+0,8), bei zwei übrig gebliebenen PDS-Abgeordneten 100 Prozent, der CDU 22 Prozent (+3,7), der FDP 21,2 (+0,6). Das macht 127 rot-grüne Frauen zu 67 Oppositionsfrauen und 194 Frauen zu insgesamt 603 Abgeordneten, fast ein Drittel, bei einem Zuwachs von diesmal insgesamt 1,2 Prozent.

Die Frauen sind längst in dieses Projekt hineingeworfen. Viele von ihnen haben Rot-Grün gewählt – mehr als die Männer. Sie haben nach der Wahl und der Ernüchterung positivere Erwartungen als die Männer. Die Realität kommt ihnen als Zwang zur Reform mehr als entgegen. Jetzt müssen sie nur noch dafür sorgen, dass sie auch die Veränderung bestimmen. Von vornherein muss der Gegenstand ihres Wirkens die ganze Politik sein, für die sie dabei neue Maßstäbe setzen müssen.